

Die Oberbadische

Älteste Tageszeitung für Stadt und Landkreis Lörrach



Berufung scheidet

Das Urteil gegen den Ex-Richter, der Robert Habeck beschimpfte, bleibt.
→ [BADEN-WÜRTTEMBERG](#)



Wie weiter bei Holzöfen?

Die Biomassestrategie liegt nach dem Ampel-Aus auf Eis.
→ [AUS ALLER WELT](#)



Für mehr Sicherheit

Die Velowege am Bahnhof SBB sollen ausgebaut werden.
→ [REGIO](#)

Ausgabe OVL | 139. Jahrgang | Nummer 281 | E 5406 A

Mittwoch, 4. Dezember 2024 | Einzelpreis 2,50 Euro

Tiere

Wolf wird weniger geschützt

Der Europarat hat den Weg für einen schwächeren Schutz von Wölfen freigemacht. Der zuständige Ausschuss stimmte einem entsprechenden Antrag der EU-Staaten zu. Es muss aber noch das EU-Recht geändert werden.

→ [SEITE 2](#)



Foto: Lehtivaara/dpa/Juana Nukari

Meinung des Tages

Von Tobias Peter



Knackpunkt

Schwarz-Grün hängt von der Migrationspolitik ab.

Als wahrscheinlichstes Bündnis nach der Bundestagswahl gilt Schwarz-Rot. Friedrich Merz und die CDU haben jedoch verstanden: Es muss für sie noch eine andere Option geben. Wenn Merz nun sagt, in Außen- und Sicherheitspolitik gebe es mehr Gemeinsamkeiten zu den Grünen als zur SPD, ist das richtig. Es ist aber auch ein Signal: Wir können und wollen uns den Koalitionspartner selbstbewusst aussuchen. Ein Bündnis zwischen Union und Grünen ist möglich, wie mehrere Bundesländer zeigen. Knackpunkt für Schwarz-Grün wäre die Migrationspolitik. Umfassende Zurückweisungen an der Grenze, wie Merz sie fordert, könnten die Grünen zerreißen. Doch auch viele in der Union sind überzeugt, dass ihnen Schwarz-Grün im Bund schaden würde. Die eigenen Anhänger würden sich hinterher beklagen: „Erst wählen wir CDU, dann kriegen wir die Grünen.“ Dass viele das für ein Unglück halten, dafür hat so mancher in der Union mit Anti-Grünen-Rhetorik gesorgt.

Dax knackt 20 000 Punkte

FRANKFURT. Die Aussicht auf sinkende Zinsen und Rückenwind von den US-Börsen nach dem Wahlsieg von Donald Trump haben den Dax erstmals



Dax-Kurve Foto: dpa/Helmut Fricke

über die Marke von 20 000 Punkten getrieben. Auch der Goldpreis und die Kryptowährung Bitcoin notierten nah an ihren Höchstständen. [dpa](#)

→ [WIRTSCHAFT](#)

Bischof geht Reform an

ROTTENBURG. Nach Jahren der Zurückhaltung und auch wegen schwindender Kirchenmitglieder und Mitarbeiter plant die Diözese Rottenburg-Stuttgart laut Bischof Klaus Krämer eine Reform. [dpa](#)

→ [BADEN-WÜRTTEMBERG](#)

Kultur hat schweren Stand

Zwar hält jeder Zweite im aktuellen BaWü-Check Kulturförderung für eine Staatsaufgabe. Doch vor allem bei großen Kultureinrichtungen finden viele, dass man sparen könnte.

■ Von Annika Grah

OBERRDORF. Kulturförderung hat auch in Baden-Württemberg keinen leichten Stand. Nur knapp jeder dritte Befragte im aktuellen BaWü-Check ist der Auffassung, dass das Land ausreichend Geld für Kunst und Kultur ausgibt. Nur jeder Vierte findet, dass mehr Geld in den Bereich fließen sollte. Und 20 Prozent sind der Ansicht, dass Baden-Württemberg weniger

Geld in die Kulturförderung stecken sollte. Das ist das Ergebnis des BaWü-Checks, der Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach im Auftrag baden-württembergischer Tageszeitungen.

Wenigstens die Hälfte der Befragten ist der Ansicht, dass Förderung und Unterstützung von Kultureinrichtungen Aufgabe des Landes ist. Nur jeder Vierte findet das nicht. Und noch einmal ein Viertel ist un-

entschieden. Vor allem Jüngere und Kulturinteressierte sehen den Staat in der Verantwortung. Bei den Unter-30-Jährigen sind 67 Prozent der Ansicht, dass der Staat Kunst und Kultur fördern sollte.

Im Vergleich zu anderen staatlichen Aufgaben fallen die Kultureinrichtungen allerdings weit ab. Knapp zwei Drittel der Befragten sind der Ansicht, dass das Land bei Kultureinrichtungen wie Theatern oder

Museen eher sparen soll. Nur 37 Prozent finden, der Staat sollte hier mehr Geld ausgeben. Nur bei großen Bauprojekten hätten noch mehr Menschen im Land lieber, dass der Staat spart. Bei Gesundheitseinrichtungen, der Ausstattung von Schulen oder der Ausstattung der Polizei finden 80 bis 90 Prozent der Befragten, dass das Land eher mehr Geld ausgeben sollte.

→ [LEITARTIKEL, DRITTE SEITE](#)

Kretschmann lehnt Antrag ab

Elterninitiative macht sich für G9 für alle Schüler stark.

STUTTGART. Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) hat den Forderungen der Eltern für ein Volksbegehren, das G9 auch für ältere Schüler bringen soll, eine klare Absage erteilt: Man habe dieses Ansinnen bereits geprüft und besprochen. „Es ist nicht sinnvoll. Das ist nun wirklich sorgfältig geprüft worden, und wir sind zu diesem Ergebnis gekommen.“

Mit einem neuen Volksantrag will eine Elterninitiative erreichen, dass alle Kinder an den Gymnasien in Baden-Württemberg in neun Jahren das Abitur machen können, wenn sie das wollen. Einen entsprechenden Gesetzentwurf reichte die Initiative beim Landtag ein, erklärte Mitinitiatorin Marita Raschke. [dpa](#)

→ [BADEN-WÜRTTEMBERG](#)

Merz nähert sich Grünen an

CDU-Chef sieht in der Sicherheitspolitik Schnittmengen.

BERLIN. Die Union teilt laut ihrem Kanzlerkandidaten Friedrich Merz (Bild, CDU) außenpolitisch mehr Positionen mit den Grünen als mit der SPD. Auf die Frage, mit wem er nach einer erfolgreichen Bundestagswahl besser zusammenarbeiten könnte, sagte Merz „Bild“: „In der Außen- und

Sicherheitspolitik gibt es sicher mit den Grünen mehr Gemeinsamkeiten als mit der SPD.“ Mit Blick auf die Wirtschaftspolitik der Grünen sei man aber ganz anderer Meinung.

CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt äußerte sich unterdessen zurückhaltender zu den Grünen. [dpa](#)

→ [MEINUNG DES TAGES](#)
→ [HINTERGRUND](#)



Service

Aboservice: 07621/40 33 40
Anzeigenservice: 07621/40 33 30
Redaktion: 07621/40 33 50
E-Mail: ov.redaktion@verlagshaus-jaumann.de
anzeigen@verlagshaus-jaumann.de
vertrieb@verlagshaus-jaumann.de
OnlineDienst:
www.dieoberbadische.de



Lörrach

Von Wasserkraft bis Holzpellets

Das Potenzial von Geothermie und Ausbaumöglichkeiten bei Photovoltaik: Zu diesen und weiteren Themen hatten die Räte nach dem Anhören des Energieberichts für das Jahr 2023 Anmerkungen. Den Energiebericht stellte Jörg Bienhüls im Ausschuss für Umwelt und Technik (AUT) vor. Bienhüls begleitet als Energieberater unter anderem die Teilnahme der Stadt Lörrach am European Energy Award.

Weil am Rhein

Jugendliche wollen was gegen Vandalismus tun

Am Gemeinwesen mitwirken, bei Entscheidungen mitreden: Für die kommenden Monate hat das Jugendparlament in Weil am Rhein ambitionierte Pläne. So sei geplant, in den Schulen ein „Schwarzes Brett“ zu installieren. Dort sollen der Name und die Klassenstufe jedes Jupa-Mitglieds veröffentlicht werden. Auch gegen Vandalismus in den Schultoiletten wollen die Jugendlichen etwas unternehmen.

Geldregen: Anrufen und kassieren

EXTRA FÜR SIE

Der Super-Mittwoch bietet Ihnen 225 zusätzliche Gewinnchancen. Viel Glück!



Mehr Infos im Innenteil!